66. Jahrgang. № 90. Mittwoch, 22. Februar 1922.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 14,— M., vierteljährlich 42,— M.
Anzeigen-Preise. Die einspaltige 37 mm breite Zeile 4,— M. Bei Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige An- u. Verkäufe 25 % Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. Einzelnummer 70 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Café Hülfert
Konditorei
Prager Straße, Ecke Sidonienstraße.

Bergmanns Zahnpasta
Rosodont
im Gebrauch die Billigste
Ueberall erhältlich

Verleih-Magazin für Möbel, Porzellan, Gläser, silberne Bestecke, Tischwäsche, Tafeln u. Stühle usw.
Andreas Wold. Gottschalch
Tel. 21686 — Prager Straße 19 — Tel. 13032
Verkauf von Herr-, Klub- u. Gartenmöbeln — Ein- u. Verkauf von modernen u. antiken Möbeln

Die Erweiterung der Sachleistungen.

Abkommen mit sämtlichen Ländern?

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Berlin, 21. Febr. Es entspricht nicht den Tatsachen, wenn in der Presse behauptet wird, daß bereits ein Entwurf für die deutschen Sachlieferungen an die Ententeländer fertiggestellt sei. Wir erfahren zuverlässig, daß augenblicklich in der Regierung Verhandlungen über diese Frage stattfinden. Auch heute fanden Verhandlungen statt, die sich mit den deutschen Sachlieferungen beschäftigen. Wie wir zuverlässig unterrichtet werden, beabsichtigt die deutsche Regierung, sämtlichen Mächten, denen sie Reparationszahlungen leisten muß, in nächster Zeit Vorschläge über die Art der Sachlieferungen zu machen, wie sie Deutschland zu leisten vermag. In der Hauptsache werden sich diese Vorschläge an die Vorschläge anschließen, die Dr. Rathenau in Cannes unterbreitet hat. Da Deutschlands Zahlungsunfähigkeit immer deutlicher wird, will die deutsche Regierung dahin wirken, daß sie mit sämtlichen Ländern, denen sie Zahlungen zu leisten hat, Abkommen über Sachlieferungen trifft, die Deutschland von der Zahlung von Goldmark entheben sollen.

Wachsende Anforderungen nach Sachleistungen.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 21. Febr. Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde heute der Haushalt des Reichsministeriums für Wiederaufbau weiterberaten. Staatssekretär Dr. Müller gab dabei einen Ueberblick über die

Entwicklung der Wiederaufbaufrage.

Bisher werde von Deutschland immer noch lediglich auf Grund der sogenannten Anforderungslisten geliefert, die nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages Deutschland übergeben wurden. Es seien bisher auf Grund dieser Listen von Deutschland Lieferungen für 18 Milliarden Papiermark angeboten. Angefordert seien dafür von der Gegenseite Lieferungen für 3 Milliarden, von denen Leistungen für ½ Milliarde Papiermark bereits erfolgt seien. Für 2½ Milliarden Lieferungen seien noch in Erledigung begriffen. Das Wiesbadener Abkommen gebe die Möglichkeit zu erheblichen Sachleistungen. Die endgültige Entscheidung der Reparationskommission stehe jedoch noch aus. **Hinsichtlich der bisher getätigten Sachleistungen seien zu erwähnen die an Frankreich gelieferten Holzhäuser, Ziegel, Werkzeugmaschinen, Glas, Pflastersteine, Hafenmaterial für Italien, 24 000 Bienenvölker nach Frankreich und Belgien, sowie Fischbrut, Zuckerrübensamen usw. Auf Jugoslawien entfallen 1,7 Milliarde der Lieferungen, darunter 7500 Güterwagen, 300 Lokomotiven und 40 000 Pflüge. Die Anforderungen nehmen ständig zu.** Der Reichskommissar habe jetzt einen Briefeingang von 1500 Exemplaren im Monat. Der Etatstitel für den Reichskommissar zur Ausführung von Aufbauarbeiten in den zerstörten Gebieten wurde nunmehr bewilligt.

Die Reparationsfrage in der französischen Kammer.

Paris, 21. Febr. In der heutigen Kammersitzung wurde die Debatte über die Budgettitel für den Wiederaufbau, deren Rückerstattung Deutschland zufalle, fortgesetzt. Abg. Barthelmy führte aus, Frankreich habe den Friedensvertrag ernst genommen, als es ihn unterschrieb. Es habe erwartet, daß es die versprochenen Reparationen erhalten werde. **England dagegen habe vorausgesehen, daß Deutschland sich seinen Verpflichtungen, zu bezahlen, entziehen werde. Es habe deshalb im voraus die Handelsflotte und die Kolonien weggenommen.** In dieser Beziehung habe sich England geneigt gezeigt, auf die Anwendung des Vertrags von Versailles zu verzichten. Frankreich habe ein Recht auf Reparationen, weil es keine Verantwortung für den Krieg (?) habe. **Wenn** die Deutschen Sieger gewesen wären, hätten sie sich **auch nicht allein auf den guten Willen Frankreichs verlassen. Man brauche übrigens nur einige der letzten Reden des Reichskanzlers zu lesen, um unterrichtet zu sein. Er habe zugegeben, wenn man das Mögliche tue, um die Verpflichtungen zu erfüllen, so geschehe es nur, um den Zwang zu vermeiden, den die alliierten Soldaten ausüben könnten. Die Franzosen sollten nicht deutscher sein als der deutsche Reichskanzler.** Der Redner besprach alsdann die wirtschaftliche Lage Deutschlands, die blühend (!) sei. **Deutschland müsse, um seine Verpflichtungen zu erfüllen, ausführen, und die Alliierten müßten die Entwicklung der deutschen Ausfuhr begünstigen ohne Rücksicht auf seine Wirtschaftslage.** Er sagte, daß die Bewohner der befreiten Gebiete die „Boches" (wörtlich!) nicht bei sich sehen **wollten, aber wenn es nötig sei, müßten sie dieses neue Opfer bringen. (Abg. Tardieu ruft dazwischen: Vorher muß man aber die ausländischen Devisen, die Deutschland in den Banken verschiedener Länder besitzt, nach Deutschland zurückbringen!)**

Sodann kommt der Abg. Fronin zu Wort, der sich über die Lage der deutschen Industrie verbreitet, **und erklärt, es sei festgestellt, daß, wenn es sich um die Reparationen handle, Deutschland kein anderes Ziel habe,** als die wirtschaftliche Wiederherstellung Frankreichs zu verhindern. Er wünsche Auskunft vom Ministerpräsidenten über die Liquidation der sequestrierten deutschen Güter, sowie über die Maßnahmen, die die Regierung zu ergreifen gedenke, um Deutschland zur Zahlung zu zwingen. Es sei keine andere Politik möglich, auf Deutschland Zwang auszuüben. Politisch könne man sich damit bezahlt machen, daß man die

Loslösung des Rheinlandes vom Deutschen Reiche

begünstige. Nach dem Waffenstillstand seien die Rheinländer davon überzeugt gewesen, daß man ihr Land annektieren würde. Man müsse eine andere Politik im Rheinlande betreiben. Es handle sich nicht um Annexion, sondern um Reparation. Die Bewohner des Rheinlandes seien preußenfeindlich. Daraus müsse man Nutzen ziehen.

Der rechtssozialistische Abgeordnete Anbriot meint, die Reparationsschulden müßten an den Völkerbund übertragen werden. Frankreich hätte in Genua klarzumachen, daß alle an einer solchen Lösung Interesse besäßen. Die Weiterberatung des Budgets wird sodann auf Donnerstag vertagt. (W. T. B.)

Englands Forderungen zu den deutschen Zahlungen.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Paris, 21. Febr. Ueber den Inhalt der letzten englischen Note an Frankreich glaubt „Journal" mitteilen zu können, England fordere für die Behandlung der deutschen Reparationsvorschläge durch die Reparationskommission, daß die von Deutschland während des Jahres 1921 bereits gezahlte Milliarde und die von Deutschland während des Jahres 1922 zu entrichtenden Summen zu einer Einheit verschmolzen würden, von der England 500 Millionen für die Besatzungskosten abheben solle. Ebensoviel solle sich Frankreich für seine Besatzungskosten abheben, wobei allerdings der Wert der Saargruben mit 400 Millionen Mark in Anrechnung gebracht werden solle. Der Rest der deutschen Zahlungen werde auf die belgische Priorität entfallen. Das Abkommen von Wiesbaden solle gebilligt werden, jedoch unter dem Vorbehalt, daß keine fünfjährige, sondern nur eine dreijährige Laufzeit in Frage komme.

Die deutschen Zahlungen decken nicht die Besatzungskosten.

London, 21. Febr. Im Unterhause teilte heute Sir Robert Horne mit, daß die Reparationsbeträge, die England von Deutschland bis zum Schluß des laufenden Jahres erhalten habe, wahrscheinlich nicht ausreichten, um die Kosten des britischen Besatzungsheeres zu decken. Daher würden diese vorläufig nicht auf Reparationsrechnung eingetragen werden.

Nur kurzfristige Verschiebung der Konferenz von Genua.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

London, 21. Febr. Im Auswärtigen Amt wurde erklärt, daß die englische Regierung der Verschiebung der Genueser Konferenz nur mit großem Widerwillen zugestimmt habe, weil die Vorbereitungen wegen der Ministerkrisein Rom nicht rechtzeitig beendet werden könnten. Die Londoner Regierung werde aber mit aller Entschiedenheit darauf dringen, daß die Verschiebung nur kurzfristig ist, und hat in diesem Sinne bereits die übrigen zur Konferenz eingeladenen Regierungen benachrichtigt.

Keine Aufhebung, sondern nur Verschiebung

Die Nachricht des W. T. B., daß die französische Regierung eine „Aufhebung" der Konferenz von Genua beantragt habe — eine Meldung, die wir ohne weiteres als unglaubhaft bezeichneten —, wird nun auch von Wolffs Bureau richtiggestellt: In der letzten Zeile muß es richtig heißen: „Aufschiebung" (anstatt Aufhebung) der Konferenz von Genua.

Frankreichs Verzögerung der Sachverständigen-Konferenz.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Paris, 21. Febr. Der englische Botschafter in Paris Lord Hardinge wurde gestern von Poincaré empfangen. Nach dem „Echo de Paris" bezog sich die Unterhaltung auf die Zusammenkunft der Sachverständigen in London. Poincaré habe dem englischen Botschafter keinen Zweifel darüber gelassen, daß er seine Haltung in dieser Angelegenheit nicht geändert habe. Er glaube nicht, daß eine Zusammenkunft der Sachverständigen nützliche Arbeit bringen könne, bevor sich die französischen Sachverständigen untereinander nicht einig seien, weil erst dann ein Einvernehmen zwischen den alliierten Sachverständigen erzielt werden könne. Außerdem aber müsse zuvor das politische Einvernehmen zwischen der englischen und französischen Regierung vollständig hergestellt sein, bevor man an die Beratungen der Sachverständigen denken könne.

Dr. Benesch in Paris.

Paris, 21. Febr. Der tschecho-slowakische Ministerpräsident Dr. Benesch hat London heute vormittag verlassen, um sich nach Rom zu begeben. Er ist nachmittags in Paris eingetroffen. (W. T. B.)

Was wird aus dem landwirtschaftlichen Hilfswerk?

Zu allem sonstigen Unglück scheint die neue, durch ewige Eisenbahnverteuerung, durch Erhöhung der Portoätze, der Brot- und Kohlenpreise, hervorgerufene ungeheure Teuerungswelle noch einen weit stärkeren Antrieb dadurch zu erhalten, daß sich das rollende Rad der Valutaverschlechterung in neuen unberechenbaren Lauf setzt. Noch am 16. d. M. stand der Dollar auf 199½, und am Dienstag hat er den Wert von 220 Mark erreicht. Dunkel sind die Triebkräfte, die das Valutarad nach kurzem wohltuendem Stillstand wieder in Bewegung brachten, zumal über die Reparationslasten noch nichts entschieden ist und der Inhalt des neuen Diktats sich noch nicht mal in ungefähren Umrissen abzeichnet. Vielleicht kann man die jetzt nicht mehr zu umgehende Verschiebung der Genua-Konferenz verantwortlich machen, in stärkerem Maße wirkt aber wohl der neue Plan Rathenaus ein, auch den übrigen Ententemächten gegenüber den verhängnisvollen Weg von Wiesbaden zu beschreiten, wodurch Deutschland so gut wie völlig vom Weltmarkt vertrieben und die Inflation neu belebt werden müßte. Nicht zuletzt werden als Grund für die neue Bewegung Devisenkäufe des Getreidehandels und der Lebensmittelbeschaffungsstellen angegeben. Und diese Tatsache muß das deutsche Volk wieder eindringlich auf den großen Hilfsplan der Landwirtschaft hinweisen, der das Kernstück der eben zu Ende gegangenen großen landwirtschaftlichen Woche und der imposanten Reichslandbundtagung in Hannover gebildet hat. Imposant nicht nur durch die überaus zahlreiche Beteiligung aller landwirtschaftlichen Organisationen, sondern in weit höherem Maße durch die einmütige Kundgebung nationalen Willens und vaterländischen Opfersinnes, wie er in dem erhebenden Verlauf des Reichslandbundtages in Hannover seinen flammenden Ausdruck gefunden hat. Kein Zweifel, das deutsche Bauerntum, die deutsche Landwirtschaft überhaupt ist in ihrem Kern gesund geblieben, hat sich trotz aller revolutionären Einflüsterungen nichts von dem gesunden nationalen Sinn rauben lassen. Und das einmütige Bekenntnis zu dem von der Landwirtschaft selbst angebotenen großzügigen Hilfswerk für das deutsche Volk, für das Vaterland, ist einer der wenigen Lichtblicke, die uns in dieser trüben Zeit vergönnt sind.

Was das landwirtschaftliche Hilfswerk will, ist nichts anderes, als die deutschen Bodenerträge so ergiebig zu gestalten, daß unser Volk aus den Erzeugnissen der eigenen Scholle ernährt werden, daß die ungeheure Lebensmitteleinfuhr aus dem Auslande völlig unterbleiben kann. Ein gewaltiges Werk, wenn man bedenkt, daß unsere Nahrungsmitteleinfuhr mit 2½ Milliarden Goldmark in der deutschen Einfuhrstatistik an erster Stelle steht und die deutsche Handelsbilanz etwa um diesen Betrag passiv ist. Eine Beseitigung des Nahrungsmittelbedarfs aus dem Auslande würde darum einen Riesenschritt zur Gesundung unserer Handelsbilanz bedeuten. Gewiß ist es keine Kleinigkeit, dem heimischen Boden für 2 bis 2½ Milliarden Goldmark mehr landwirtschaftliche Erzeugnisse abzuringen, eine Unmöglichkeit ist es nicht. Das haben anerkannte Landwirtschaftslehrer wie die Professoren Sommer und Aereboe, das haben vor allen Dingen auch die bedeutendsten Praktiker der Landwirtschaft zugegeben und ziffernmäßig nachgewiesen. Die Landwirtschaft hat sich sogar dazu erboten, die gewaltigen Mittel von 20 Milliarden Mark hierzu selbst aufzubringen, sie hat nur gefordert, daß sie in diesem Werk nicht gestört wird. Man sollte meinen, daß ein so gewaltiger Plan nicht nur die weitestgehende Förderung durch alle Volkskreise, sondern vor allem auch durch die Regierung erfahren müßte, aber wir sind heute schon soweit, daß auch die beste nationale Tat aus Parteileidenschaft und Verbohrtheit verunglimpft wird und der Landwirtschaft, wo es geht, Knüppel zwischen die Beine geworfen werden. Dabei hat der große Plan natürlich schon in den landwirtschaftlichen Kreisen selbst genügend Widerstände zu überwinden. Mehr als in irgend einem andern Beruf hängt der Landmann am Althergebrachten, größer als anderswo sind bei ihm die Widerstände gegen technische Neuerungen, ohne die es natürlich nicht geht. Die durch den Leutemangel im Kriege und noch vielmehr durch die Zwangswirtschaft hervorgerufene Extensivierung der meisten landwirtschaftlichen Betriebe muß einer starken Intensivierung weichen. Dazu bedarf es einer umfassenden landwirtschaftlichen Aufklärungsarbeit über künstliche Düngung und rationelle Bodenbearbeitung, dazu bedarf es eines viel geschlosseneren Aufbaus der landwirtschaftlichen Kleinverbände, eines genossenschaftlichen Bezuges von Düngemitteln und landwirtschaftlichen Maschinen, der noch in seinen Anfängen steckt. Dazu bedarf es schließlich vor allen Dingen des Anreizes zur Produktion durch völlig freie Wirtschaft und angemessene Preise. **Der Landmann darf nicht in seiner durch die Zwangswirtschaft mit ihrer Extensivierung der Wirtschaft großgezogenen Ansicht bestärkt werden, daß eine Anhäufung verhältnismäßig reicher Geldmittel ratsam sei, sondern er muß wissen, daß es die beste Anlage für sein Kapital ist, es wieder**